

Vize-Präsidentin des EU-Parlaments Ulrike Lunacek:

Trotz Lissabon-Vertrag, der dem Europäischen Parlament zusätzliche Rechte gebracht hat, spielt der Europäische Rat nach wie vor die erste Geige – was sehr oft, um im Bild zu bleiben, zu Disharmonie und Taktfehlern im EU-Orchester führt (aktuelles negatives Beispiel ist die EU-Solidaritätskrise rund um Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen).

Die wichtigste Forderung ist daher, dass sich Rat, Kommission und Parlament über die kleingeistigen nationalen Widersprüche hinwegsetzen und zu einem weiteren größeren Sprung in Richtung eines europäischen Bundesstaates ansetzen, der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik aber auch Asyl- und Migrationspolitik sowie eine ökologisch nachhaltige Politik in einem geschickten Zusammenspiel europäisch zusammenfügt.